



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. Juni 2025 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» mit 94 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt ([5969](#)). Mit dieser wird gefordert, dass Gemeinden unter bestimmten Bedingungen ein Vorkaufsrecht für Grundstücke vorsehen können, um so etwa den gemeinnützigen Wohnungsbau besser fördern zu können. Indes hat der Rat dem Gegenvorschlag des Regierungsrates mit 105 zu 72 Stimmen zugestimmt, mit dem der Rahmenkredit der Wohnbauförderung auf 360 Millionen Franken verdoppelt würde. Definitiv über das Volksbegehren und den Gegenvorschlag entscheiden wird das Stimmvolk an der Urne.

Der Kantonsrat hat den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle des Kantons Zürich für das Jahr 2024 mit 156 zu 0 Stimmen genehmigt ([KR-Nr. 123/2025](#)).

Der Kantonsrat hat mit 175 zu 0 Stimmen die aktuelle Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) genehmigt ([6018](#)).

Der Kantonsrat hat dem Antrag zur Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zum Postulat betreffend «Auch ZL-Bezügerinnen und Bezüger haben Anrecht auf ein Einzelzimmer in einer Altersinstitution» diskussionslos zugestimmt ([KR-Nr. 30/2023](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 112 zu 57 Stimmen der Umsetzung des Gegenvorschlags zur «Anti-Chaoten-Initiative» zugestimmt ([5960](#)).

Der Kantonsrat hat mit 96 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, ins Mittelschulgesetz zu schreiben, dass der Kanton Lehrmittel bis zur Vollendung der obligatorischen Schulzeit unentgeltlich zur Verfügung stellt ([KR-Nr. 108/2023](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat mit 93 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrat Domenik Ledergerber vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, die Anzahl der Kantonsratssitzungen um rund ein Viertel zu reduzieren ([KR-Nr. 109/2025](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat mit 127 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Jean-Philippe Pinto, Kantonsrat der Mitte, vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass der Regierungsrat mit dem Geschäftsbericht keine Vorstösse mehr zur Abschreibung beantragen können soll ([KR-Nr. 159/2025](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. Juni 2025 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Objektkredits für den Ausbau des Chämtnerbaches in Wetzikon diskussionslos genehmigt ([3648](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Objektkredits für den Neubau Mehrzweckgebäude Berufsschule Rüti diskussionslos genehmigt ([5425](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Objektkredits für die Erstellung eines Erweiterungsbaus der Universität Zürich (Plattenstrasse 14–22) diskussionslos genehmigt ([5155](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Rahmenkredits für den Betrieb der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich für die Spielzeiten 2018/19–2023/24 diskussionslos genehmigt ([5367](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 162 zu 0 Stimmen dem Erlass des Gesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht (BSAG) zugestimmt ([5963](#)). Dieses sieht den Beitritt zu einer Interkantonalen Vereinbarung vor, mit der die Aufsichtsregionen Zürich und Ostschweiz zusammengelegt werden.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 167 zu 0 Stimmen einer Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) zugestimmt ([5951](#)). Mit der Änderung des Gesetzes wird neu festgelegt, dass das 3-Prozent-Quorum bei Kantonsratswahlen sich auf die Wählerinnen- und Wählerzahlen und nicht auf die Parteistimmen bezieht – eine Neuerung, die bei den drei vergangenen Wahlen allerdings nichts an der Zusammensetzung des Rats geändert hätte.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 97 zu 73 Stimmen einer Änderung des Gesetzes betreffend die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zugestimmt ([KR-Nr. 255/2021](#)). Damit wird der Fonds wieder aus dem Gesetz gestrichen, aus dem ursprünglich die Massnahmen für die Energiewende hätten finanziert werden sollten.

Der Kantonsrat hat mit 166 zu 0 Stimmen die Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für die Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([6003](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von AL-Kantonsrätin Gianna Berger abgelehnt, mit der eine höhere Besteuerung der Dividenden bei qualifizierten Beteiligungen verlangt wurde ([KR-Nr. 173/2025](#)). Konkret hätte der steuerbare Anteil von 50 auf 70 Prozent steigen sollen. Für eine vorläufige Unterstützung stimmten 58 Ratsmitglieder. 60 Stimmen wären dafür nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 119 Stimmen eine parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, für Motorwagen mit elektrischem Antrieb eine Verkehrsabgabe einzuführen. ([KR-Nr. 178/2025](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation betreffend «Ist die Stadt Zürich noch die «richtige» Hauptstadt für den mehrheitlich bürgerlich/liberalen Rest vom Kanton oder braucht es eine Teilung vom Kanton Zürich in Stadt und Land?» der SVP diskutiert ([KR-Nr. 411/2023](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 93 zu 75 Stimmen die Motion betreffend «Transparenzdatenbank für Bezirksgerichtsentscheide» von GLP, SP, FDP und AL überwiesen ([KR-Nr. 86/2024](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, eine Gesetzesgrundlage für eine öffentliche Datenbank mit wesentlichen Entscheiden der Bezirksgerichte zu schaffen.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Braucht der innerkantonale Finanzausgleich eine Auffrischung?» der FDP mit 103 zu 60 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 171/2024](#)).

(*nic.*)